

ren versucht, gerade kleinere Firmen systematisch zu Investitionen zu animieren

Die bedeutendste Anstrengung in dieser Hinsicht war wohl die Tagung "Wachstumsmarkt Südostasien" im Oktober 1983, ausgerichtet vom Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München, mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung, mehrerer Bundesministerien, der EG-Kommission und fast aller wichtigen Unternehmerverbände.

Besonders deutlich hat dort "Entwicklungsminister" Warnke die Richtlinien der Politik formuliert:

"Die ost und südostasiatische Region ist derzeit und in naher Zukunft die dynamische Wachstumsregion der Weltwirtschaft.

Während in den westlichen Industrieländern das Wachstum stagniert oder bestenfalls gering ansteigt, während in vielen Entwicklungsländern Lateinamerikas und Afrikas die Volkseinkommen schrumpfen, lag im letzten Jahr das reale Wachstum

(...) bei über 4 %. (...) Im Gleichklang mit der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region wächst auch ihre politische und strategische Bedeutung. Auf diesem wichtigen Markt ist die Bundesrepublik unterrepräsentiert. Schlimmer noch: Unsere Bedeutung steigt hier nicht. Im Vergleich zu den beiden Hauptkonkurrenten Japan und USA fallen wir zurück. (...) Seit 1980 stagnierten die deutschen Investitionen oder wuchsen nur noch gering. (...)

Wir müssen uns also entscheiden zwischen 'Anwesenheit und Produktion vor Ort im Entwicklungsland' oder 'Verlust der Marktes'. (...) Direktinvestitionen im Ausland fördern den Handel. Sie ziehen Lieferungen aus dem Inland nach sich. Lassen wir uns nicht die Butter vom Brot nehmen".

(vgl. Laumer, Helmut (Hrsg), Wachstumsmarkt Südostasien. München, Köln, London, 1984, S. 800 f)

Deutschland kämpft also schon wieder mal um seinen "Platz an der Sonne" - unwillkürlich erinnert Warnkes Diktion doch an die imperialistische Rhetorik Kaiser Wilhelms II. Warnkes Ministerium baut seit 1983 ein "Förderungsprogramm" auf, das von einem Beratungsdienst über Investitionsanbahnung bis zur Finanzierungsvermittlung reich-praktische Entwicklungshilfe im "deutschen Interesse". Die "Erfolge" dieser Wirtschaftslenkung sind bisher jedoch ausgeblieben. Die "Wirtschaftswoche" berichtete am 30.3.84 sogar von einem "Rückzug der Investoren" gerade

im mittelständischen Bereich. Die gestiegenen Lohnstückkosten in den ASEAN-Staaten und der Einsatz von Mikroelektronik und Robotern machen die Produktion in Europa in bestimmten Bereichen wieder "konkurrenzfähig".

Auch die Umorientierung der ASEAN-Staaten im Juli 1984 auf das Konzept einer "Pazifischen Gemeinschaft" mit u.a. Japan, Australien und den USA ist ein empfindlicher Schlag ins Kontor bundesdeutscher und westeuropäischer Expansionsräume. Der Kampf um "unsere" pazifische Zukunft wird sich verschärfen.

Ein Schelm, wem da der Begriff "Imperialismus" einfällt?

Frithjof Schmidt

NACHRICHTEN

ERSTE INTERNATIONALE KONFERENZ DER FISCHEREIARBEITER: KRITIK AN DER FISCHINDUSTRIE

Im Juli 1984 wurde in Rom die erste "Internationale Konferenz der Fischereiarbeiter und ihrer Unterstützer" durch die Welternährungsorganisation (FAO) organisiert.

Fischer, Fischereiarbeiter, Genossenschaftler, Gewerkschaftler, Wissenschaftler aus 34 Ländern, vor allem Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, trafen sich zu einem Erfahrungsaustausch.

In Südostasien hängen derzeit rund 6 000 000 Menschen von der Fischerei ab. Die Zahl der direkt beschäftigten Fischer bzw. Fischereiarbeiter beträgt in Indonesien 1 820 000, auf den Philippinen sind es 2 200 000, in Thailand 850 000, in Malaysia 115 000 und in Singapur 2 800.

Durch den - meist durch nationale und internationale Entwicklungsprogramme geförderten - Aufbau einer modernen Trawler-Fischerei werden die Fanggründe der traditionellen Kleinfischer stark dezimiert. Der Rückgang ihrer Fangergebnisse gefährdet die Ernährungsgrundlage gerade der armen Bevölkerungsschichten und die Existenz der Fischer.

Das "Abfischen" der küstennahen Gebiete durch große Trawler zerstört zusätzlich Laichplätze und gefährdet so die ökologische Basis der Kleinfischerei überhaupt.

Die Teilnehmer der internatio-

nen Konferenz haben deshalb folgende Forderungen erhoben:

- Reservierung der küstennahen Gewässer für die Kleinfischerei
- Verbot aller Technologien, die das Gleichgewicht des Öko-Systems entweder durch Überfischen oder durch Vergiftung zerstören, und Verbot aller Chemikalien, die schon in den Industrieländern verboten sind.
- Beteiligung der lokalen Fischer-Organisationen und Fischerei-Genossenschaften bei der Planung und Durchführung von regulierenden Maßnahmen
- vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, Sept. 84 EPD, 14/15/84, Aug. 84 FEER, Vol.125 Nr.31, 2.8.84

ASEAN: THAILAND HAT 1983 ZWEIT-HÖCHSTE WACHSTUMSRATE

Die Asiatische Entwicklungsbank hat eine Rangliste der wirtschaftlichen Wachstumsraten in den ASEAN-Staaten für 1983 veröffentlicht. Danach erhöhte sich die Wirtschaftswachstumsrate in Singapur von 6,3 % 1982 auf 7,9 % 1983. In Thailand stieg sie von 4,1 auf 5,8 %, Malaysia steht an dritter Stelle mit einem Anstieg von 5,2 auf 5,6 %. Die Wachstumsrate Indonesiens betrug 1983 2,9 %. Die Philippinen haben einen Rückgang von 3 % 1982 auf 1,4 1983 zu verzeichnen.

Als Grund für Thailands Wachstumsanstieg werden in dem Bericht die steigenden Investitionen, sinkende Zinsen, angemessene Währungsrücklagen und stabile Ölpreise genannt.

-vgl. MD, 24.8.84

AUCH IN SÜDOSTASIEN MUSS REIS IMPORTIERT WERDEN!

Die Organisation für Landwirtschaft und Ernährung der Vereinten Nationen (FAO) hat im Monatsbulletin August ihres Regional Büros in Bangkok darauf hingewiesen, daß die Philippinen zum ersten Mal seit Mitte der siebziger Jahre Reis importieren mußten. Weiterhin wird ausgeführt, daß auch Malaysias Reisimporte 1984 voraussichtlich steigen werden, während die Importe Indonesiens etwas zurückgehen könnten. Thailand wird dagegen seine Exporte erheblich über den Vorjahresstand von 3,6 Millionen Tonnen hinaus steigern können, da sich seine Verkäufe schon Anfang August auf knapp 3 Mill. Tonnen beliefen.

-vgl. MD, 18.9.84

ASEAN ERGREIFT INITIATIVE FÜR EINE PAZIFISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Auf der 17. Jahreskonferenz der ASEAN Außenminister im Juli 1984 wurde auf indonesischen Vorschlag hin die Initiative zur Entwicklung einer Pazifischen Wirtschaftskooperation ergriffen. Neben den 6 ASEAN-Ländern sollen sich die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan zukünftig jährlich zu Konsultationen über wirtschafts- und entwicklungspolitische Fragen treffen. Später will man auch kleinere Nationen des pazifischen Raums - etwa Fidji und Samoa - hinzuziehen. Die Idee einer "Pacific Community" war 1978 vom japanischen Premierminister Ohira vorgestellt und besonders von Indonesien - so noch auf der letzten ASEAN-Außenminister Tagung - abgelehnt worden. Deshalb kam die jetzige Entwicklung völlig überraschend, besonders für die Europäische Gemeinschaft, die nun fürchtet aus dem pazifischen Markt gedrängt zu werden. Der japanische Außenminister Abe und sein US-Kollege SHULTZ haben die ASEAN-Initiative dagegen sofort begrüßt. Die ersten Konsultationen sollen schon Anfang 1985 stattfinden.

- vgl. FEER, 26.7.1984
FR, 24.7.84

FEHLSTART DES ASEAN INDUSTRIAL JOINT VENTURES PROGRAMM (AIJV)

Im Oktober 1983 hatten die Wirtschaftsminister der ASEAN-Länder ein Programm zur Intensivierung der ökonomischen Kooperation innerhalb der Staaten-gruppe beschlossen. Die Übereinkunft sah rund 50 % Steuer-nachlaß auf jedes Produkt aus einem Joint Venture Projekt vor, in dem zwei oder mehr ASEAN-Staaten zusammen mindestens 51 % der Beteiligungen halten. Anfang August 1984 waren von 21 vorgeschlagenen Projekten lediglich 4 realisiert worden. 5 weitere werden noch in Betracht gezogen. Um ein weiteres Projekt - eine Magnesium-Clinker Fabrik - gibt es einen heftigen Konkurrenz-kampf zwischen thailändischen und indonesischen Investoren um den Standort. Dies Beispiel läßt vermuten, daß vor allem nationalen Interessensengagements die Ursache für den schleppenden Start des Kooperationsprogramms sind.

-vgl. FEER, 2.8.84

SÜDOSTASIEN-IMPORTE JAPANS SOLLEN GESTEIGERT WERDEN

Der japanische Ministerpräsident Nakasone hat die Behörden des Landes Ende Juli angewiesen, die Einfuhr von Grundstoffen aus den Ländern Südostasiens zu steigern, um die ungleiche Handelsbilanz mit der Region auszugleichen. Hintergrund sind die Pläne Japans für eine neue Runde multilateraler Verhandlungen für den freien Handel. Nach Nakasone werde Südostasien wegen seiner schlechten Handelsbilanz mit Japan "nervös". Insbesondere die Zollerate Japans sollen jetzt überprüft werden.

vgl. MD, 1.8.84

4. PLENARTAGUNG DES WIRTSCHAFTSRATES ASEAN-USA IN BANGKOK

Der thailändische Ministerpräsident hat am 20. Juli bei der Eröffnung der Tagung des Wirtschaftsrates ASEAN-USA einem verstärkten Zugang der Exportwaren von Entwicklungsländern auf die Märkte der Industrieländer gefordert. Gerade die engen Handels- und Investitionsbeziehungen zu den USA hätten zu den Wachstums-erfolgen der ASEAN-Gruppe seit 1979 beigetragen. Als Hintergrund von Prem's Äußerungen ist zu sehen, daß die von den USA eingeräumten Handelspräferenzen für die ASEAN-Staaten nach dem General System of Preferences (GSP) im

Januar 1985 zur Überprüfung anstehen. Nach dem GSP-Modell werden Produkten aus Entwicklungsländern weitgehende Zollfreiheit eingeräumt. Es gibt verschiedene Äußerungen aus Kreisen der US Administration, die ASEAN nicht mehr pauschal dem Bereich der Entwicklungsländer zuordnen und etwa Singapur oder Brunei aus dem GSP-Rahmen ausklammern wollen.

vgl. MD, 24.7.84
AW, 21.9.84

ASEAN FORDERT VIETNAM ZUR POLITISCHEN DISKUSSION ÜBER EINE LÖSUNG DES KAMBODSCHA-PROBLEMS AUF

Die ASEAN-Außenminister haben auf ihrer 17. Jahrestagung am 9.7. in Jakarta in einer gemeinsamen Erklärung zur Diskussion über "eine umfassende politische Lösung" des Kambodscha-Problems aufgefordert. Zugleich begrüßten sie die Erklärung der anti-vietnamesischen Dreier-Koalition unter Füh-

rung von Prinz Sihanouk, die freie Wahlen in Kambodscha und eine Lösung auf der Basis von 5 UNO-Resolutionen fordert. Auch die ASEAN-Erklärung vom September 1983, in der ein schrittweiser Abzug der vietnamesischen Truppen gefordert wird, wurde erneut bekräftigt.

-vgl. MD, 10.7.84

SÜDOSTASIEN KONTROVERSE IM INTERNATIONALEN BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN - SCHARFE VORWÜRFE GEGEN US-GEWERKSCHAFT

Januar/Februar 1984 hatte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (ISFTU) - die Dachorganisation der meisten westlichen Gewerkschaften - eine hochrangige Delegation für je 6 Tage nach Indonesien und auf die Philippinen geschickt. In ihrem inzwischen vorgelegten Bericht wird das Fehlen gewerkschaftlicher Rechte scharf kritisiert. Der holländische Gewerkschaftsverband FNV beantragte daraufhin mit Unterstützung der britischen und skandinavischen Verbände, auf dieser Basis eine Klage gegen Indonesien und die Philippinen bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu führen.

Seit Juni 1984 wirft nun der FNV dem Delegierten der US-amerikanischen AFL-CIO, Irving Brown, öffentlich vor, diesen Schritt zu blockieren. Brown war schon 1975 vom ehemaligen CIA-Agenten Philipp Agee als "besonders effektiver Mitarbeiter" der CIA enttarnt worden. Der Vorsitzende der FNV, Wim Kok, sieht das Vorgehen Browns vor allem im Zusammenhang mit den besonderen regio-

nen Aktivitäten der AFL-CIO in Südostasien. 1968 hatte sie dort - in Konkurrenz zur Arbeit der ICFTU - das "Asian-American Free Labour Institute" gegründet.

Dieses Projekt wurde nachweislich mit CIA- und anderen US-Regierungsgeldern unterstützt. Die holländischen Gewerkschaften haben deutlich gemacht, daß sie um ein verstärktes Südostasien-Engagement der ICFTU hart kämpfen wollen.

Als erster Schritt wurde die Planung der praktischen Unterstützung eines Arbeiterbildungsprogramms in Indonesien durchgesetzt.

-vgl. ILR, Issue 5 Sept./Oct. 1984

PROSTITUTION UND MÄDCHEN- HANDEL IN SÜDOSTASIEN

Die Bundesregierung hat am 25.5.84 eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion zum deutschen Prostitutionstourismus und zum Mädchenhandel mit Südostasiatischen Frauen beantwortet.

Danach sind 1982 rund 84 000 Bürger der BRD nach Thailand und 29 000 auf die Philippinen gereist. Eine Aufschlüsselung des Anteils der Männer liegt nicht vor.

Die Bundesregierung sieht die gesetzliche Möglichkeit "gegen Reiseunternehmen im Inland, die eine 'Werbung für die südostasiatische Prostitution betreiben', Bußgeldverfahren durchzuführen".

Prostitutionswerbung stellt eine "Ordnungswidrigkeit" dar, "die mit einer Geldbuße bis zu 1.000 DM geahndet werden kann."

Die Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung auch einen Anlaß sieht, gegen solche Touristikunternehmen in der BRD vorzugehen, wird jedoch offen gelassen.

Über Zahl und Situation südostasiatischer Frauen, die in der BRD als Prostituierte tätig sind, "liegen der Bundesregierung keine gesicherten Erkenntnisse vor".

Der Bundesregierung erscheint die Zahl von 200 "deutschen Heiratsvermittlungsinstituten, die auf südostasiatische Frauen spezialisiert sind, zweifelhaft".

Sie sieht in den Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Menschenhandel und im Gewerberecht eine ausreichende Handhabe

"um gegen unzuverlässige Ehevermittler vorzugehen." Einen weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf in dieser Hinsicht sieht sie derzeit nicht. Die Antwort endet mit der Aussage:

"Die Bundesregierung geht davon aus, daß die mit der Anwendung dieser angeführten Gesetze betrauten Stellen gegen etwaige Verstöße einschreiten. Soweit es allerdings um Fragen des guten Anstandes geht, wird sich mit gesetzlichen Mitteln wenig bewegen lassen."

vgl. Dt. Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1498

ASEAN-STAAATEN:
DIE BUNDESREGIERUNG HAT SEIT
1975 KRIEGSWAFFEN-EXPORTE FÜR
KNAPP 461 MILLIONEN DM
GENEHMIGT

Von 1975 bis heute seien in
knapp 250 Fällen Genehmigungen
für die Ausfuhr von Kriegswaf-

fen in die ASEAN-Staaten erteilt worden. Hiervon entfielen rund 32 % auf Thailand, 25 % auf Malaysia, 15 % auf Indonesien, 13 % auf Singapur, 8 % auf die Philippinen und 7 % auf Brunei. Wie die Bundesregierung in einer am 11.7. im Bundestag veröffentlichten Antwort (10/1737) auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (10/1542) mitteilt, betrug der Wert der erteilten Genehmigungen von 1975 bis 1983 rund 460,7 Millionen DM, davon wurden 67 % für Schiffslieferungen ausgegeben. Etwa 88 % der Genehmigungswerte gingen nach Indoneseien und Malaysia.

Nach den Angaben der Bundesregierung lägen z. Zt. Anträge nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz für die Ausfuhr nach Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand vor. Ausfuhrgenehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz seien zur Zeit für Lieferungen nach Malaysia, Singapur und Thailand beantragt. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, seien seit 1975 aus Indonesien 31, aus Malaysia 27, aus den Philippinen 13, aus Singapur 26 und aus Thailand 83 Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland - durchschnittlich zwei Jahre - ausgebildet worden. Gegenwärtig würden aus Indoneseien sechs, aus den Philippinen zwei, aus Singapur zwölf, aus Malaysia fünf und aus Thailand 44 Soldaten bei der Bundeswehr ausgebildet.

Bei der Entscheidung über Exporte spiele das Interesse der Bundesregierung und ihrer NATO-Partner an der inneren Stabilität und an der Verteidigungsfähigkeit dieser Staaten eine besondere Rolle. In diesem Rahmen hält die Bundesregierung auch hier an ihrer restriktiven Rüstungsexportpolitik fest. Das Interesse der Bundesrepublik an einer Ausbildung von Polizeibeamten aus den ASEAN-Länder bemesse sich nach den Grundsätzen, die allgemein für die Ausbildung und Fortbildung ausländischer Polizeibeamter gelten. Darüber hinaus sei die Bekämpfung der internationalen Rauschgiftkriminalität von Bedeutung.

-aus: heute im Bundestag,
Parlaments-Korrespondenz
vom 16.7.84

-vgl. Dt. Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache
10/1737

KOMMENTAR

DIE ANTWORT DES BUNDESMINISTERS FÜR WIRTSCHAFT AUF DIE KLEINE ANFRAGE DER FRAKTION DER GRÜNEN BETR. RÜSTUNGSEXPORTE IN DIE ASEAN-LÄNDER, (Drucksache 10/1542)

In der o. g. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen werden z.T. detaillierte Angaben zu Rüstungsexporten und zur Ausbildung von Militärs in der BRD gemacht: die entscheidenden Fragen aber mit allgemeinen Formulierungen umgangen.

In der Einleitung hebt die Bundesregierung hervor, daß ihr besonders an der politischen Stabilität gelegen sei, zumal diese eine "unerläßliche Grundlage für den wirtschaftlichen Austausch ist, auf den wir als Industrienation angewiesen sind". In der Tat spielt das Volumen der Rüstungsexporte aus der BRD nach Südostasien seit 1975, selbst wenn die als zivile Lieferung ausgewiesenen Hubschrauber, Schiffe und LKWs hinzukommen, keine entscheidende Rolle. Wichtig für die BRD ist die Präsenz in den ASEAN-Staaten, die Beibehaltung eines politischen Klimas, das die sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht gefährdet.

Da ist es dann auch mal nötig, das Abstimmungsergebnis der UNO-Vollversammlung bzgl. Osttimor hintenanzustellen, trotzdem U-Boote und Hubschrauber ("zivile Version") zu liefern, zumal Osttimor zum Liefertermin schon "besetzt" war. Daß diese "Besetzung" durch einen Angriffskrieg Indonesiens erfolgte und die kriegerische Auseinandersetzung immer noch andauert, hielt die Bundesregierung bzw. ihre Vorgänger nicht davon ab, Lizenzerteilung für Produktion von Handfeuerwaffen und Munition in Indonesien aufrechtzuerhalten. Eine Ausrede hat man auch schon parat: Die politischen Bestimmungen zum Kriegswaffenkontrollgesetz sind erst seit 1982 in Kraft.

Die Tatsache, daß mit diesen Waffen (U-Boote, Schnellboote) z. B. eine Hungerblockade durchgeführt werden kann - auch 1984 noch - ist zweitrangig. Die Möglichkeit mittels Lizenzproduktion in den Entwicklungsländern selbst, die eigene Exportstatistik zu schönen, ist in Südostasien gut verbreitet. Die Lürssen-Werft, Bremen, be-